

06.05.2010 / Ausland / Seite 7

Süden gibt Kontra

UNASUR droht mit Boykott des EU-Lateinamerika-Gipfels in Madrid. »Armselige« Bilanz der Haiti-Hilfe

André Scheer

Dem für den 18. Mai in Madrid geplanten Gipfeltreffen der EU und Lateinamerikas droht ein Fiasko. Mindestens zehn südamerikanische Staaten wollen die Konferenz boykottieren, wenn die spanische Regierung ihre Einladung an den Staatschef von Honduras, Porfirio Lobo, aufrechterhält. Darauf wies Ecuadors Präsident Rafael Correa am Dienstag (Ortszeit) zum Abschluß des Gipfeltreffens der Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR) hin. Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit seiner argentinischen Amtskollegin Cristina Fernández in Buenos Aires sagte Correa, es sei von Madrid »leichtsinnig« gewesen, Lobo einzuladen, ohne auf die anderen Länder in der Region Rücksicht zu nehmen.

»Wir brauchen nicht zu verschweigen, daß es mehrheitlich Unmut über diese Entscheidung gibt«, so Correa. Die Mitglieder der UNASUR hätten ihn als derzeitigen Präsidenten der 2008 gegründeten Staatengemeinschaft beauftragt, das Problem »in höflichen Worten mit unserem guten Freund Rodríguez Zapatero«, dem spanischen Regierungschef, zu besprechen. Ansonsten werde es »vielen« Ländern der Region unmöglich sein, der Einladung nach Madrid zu folgen. Außer Peru und Kolumbien, die an dem Gipfeltreffen in Argentinien nicht teilgenommen hatten, hat bislang kein Land Südamerikas das Regime in Honduras anerkannt. Die Regierungen der Region kritisieren, daß Lobo durch Wahlen in sein Amt gekommen ist, die unter Kontrolle des Putschregimes durchgeführt wurden, nachdem Militärs am 28. Juni vergangenen Jahres den rechtmäßigen Präsidenten Manuel Zelaya gestürzt und außer Landes gebracht hatten. Gewerkschaften, kritische Journalisten, Menschenrechtsaktivisten und andere Gegner dieses Staatsstreichs sind seither brutaler Repression durch die neuen Machthaber ausgesetzt. »Wir können keine Wahlen unter einer Diktatur legitimieren«, betonte deshalb Correa und erinnerte auch daran, daß es im Gegensatz zur europäischen Toleranz gegenüber dem honduranischen Regime »oft eine Hexenjagd gegen Länder gibt, die nicht den Befehlen aus dem Norden folgen«.

Hingegen freute sich Correa, daß es der UNASUR gelungen sei, den Arbeitsstil früherer Konferenzen, »als viel geredet und nichts gesagt wurde«, zu überwinden. Besondere Bedeutung räumte er der einstimmigen Wahl des früheren argentinischen Präsidenten Néstor Kirchner zum ersten Generalsekretär des Bündnisses ein. Lediglich Argentinien's Präsidentin Cristina Fernández, die mit Kirchner verheiratet ist, enthielt sich »aus offensichtlichen Gründen« der Stimme. »Weil du ihn so gut kennst?« reagierte darauf sichtlich gut gelaunt der bolivianische Präsident Evo Morales.

Ernsthaftere Zweifel hatte es im Vorfeld der Konferenz daran gegeben, ob Uruguay angesichts der gespannten Beziehungen mit dem Nachbarland die Wahl Kirchners unterstützen würde. Die beiden Länder streiten sich seit Jahren um eine in Uruguay errichtete Zellstofffabrik am Río de la Plata, deren Abwässer jedoch auch Argentinien in Mitleidenschaft ziehen. Eine Klage der Regierung in Buenos Aires gegen das Projekt wurde am 20. April vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag verworfen. Der neue Präsident von Uruguay, José Mujica, räumte ein, daß ihm die Unterstützung Kirchners politisch schwerfalle, er dessen Wahl zum UNASUR-Generalsekretär aber trotzdem »vorbehaltslos« zustimme, »denn wir hoffen darauf, gemeinsam mit allen lateinamerikanischen Völkern voranzuschreiten«.

Eine negative Bilanz mußten die Konferenzteilnehmer hingegen über ihre Unterstützung Haitis nach

dem Erdbeben vom Januar ziehen. Das Hilfsprogramm für den Karibikstaat, das die UNASUR im Februar in Ecuadors Hauptstadt Quito vereinbart hatte, habe nur »armselige Ergebnisse« gebracht, räumte Correa ein. Von den 300 Millionen US-Dollar Soforthilfe, die auf dem Treffen vereinbart wurden, seien bislang lediglich 7,5 Millionen ausgezahlt worden. Die Schuld daran trügen meist »Beamte und Bürokraten der mittleren Ebene«, die durch ihr Verhalten die Entscheidungen der Präsidenten unterliefen. »Anstatt Lösungen für Probleme zu finden, schaffen sie oft Probleme für die Lösungen«, kritisierte der ecuadorianische Staatschef. Man habe jetzt vereinbart, die Hilfszusagen, die in Quito sowie beim Gipfeltreffen im mexikanischen Cancún gegeben wurden, nun innerhalb der nächsten 15 bis 20 Tage umzusetzen, ergänzte Argentinien's Präsidentin.

Der am 23. Mai 2008 in Brasilia geschaffenen UNASUR gehören alle zwölf unabhängigen Staaten Südamerikas an. In der Gründungsurkunde wird als oberstes Ziel der Gemeinschaft der Kampf gegen »Ungleichheit, soziale Ausgrenzung, Hunger, Armut und Unsicherheit« ausgegeben. Längerfristig will das Bündnis schrittweise eine Integration entwickeln, die von der Form her mit der Europäischen Union vergleichbar sein könnte. Im Gespräch sind dabei unter anderem ein südamerikanisches Parlament, gemeinsame Reisepässe oder auch eine gemeinsame Währung. Bereits offiziell gegründet wurde ein Südamerikanischer Verteidigungsrat, der die Sicherheitspolitik der Mitgliedsstaaten koordinieren soll.